

# Aufgaben des ÖGD im Rahmen der Umweltmedizin

Die Umweltmedizin befasst sich als interdisziplinäres Fachgebiet mit den gesundheits- und krankheitsbestimmenden Aspekten der Mensch-Umwelt-Beziehung. Zentraler Fachgegenstand sind die anthropogenen Umweltveränderungen und -belastungen mit ihren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Seit etwa 20 Jahren hat sich die Umweltmedizin an Universitäten und im öffentlichen Gesundheitsdienst mit Ambulanzen und Beratungsstellen etabliert. Wir unterscheiden eine bevölkerungsbezogene präventive Umweltmedizin mit Gesundheitsvorsorge, Umwelthygiene und gesundheitlichem Umweltschutz (Primärprävention) und eine individualmedizinische klinische Umweltmedizin mit einzelfallbezogener Diagnostik, Risikoabschätzung und Betreuung (Sekundärprävention), die zunehmend von niedergelassenen Ärzten mit der Zusatzbezeichnung Umweltmedizin übernommen wurde. Die ÖGD-Orientierung des Faches Umweltmedizin liegt vor allem in der Abschätzung umweltbedingter Gesundheitsrisiken, der Ableitung regulatorischer und administrativer Aufgaben und in der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für eine gesundheitsförderliche Gestaltung der Umwelt- und Lebensbedingungen.

Der Fachausschuss Umweltmedizin des Bundesverbandes der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes hat im Jahr 1999 ein Konsenspapier „Umweltmedizin im Öffentlichen Gesundheitsdienst – Ein gesellschaftlicher Auftrag und seine Konsequenzen: Thesen zur Situation, zu den Zielen, den Strategien und Hand-

lungsmöglichkeiten“ erarbeitet, das auf dem 50. Wissenschaftlichen Kongress des Verbandes in Schwäbisch Gmünd im Jahr 2000 abschließend vorgestellt, verabschiedet und in der Zeitschrift „Das Gesundheitswesen“ veröffentlicht wurde [1, 2].

In der Folge sollen die Thesen, die mit den knapper werdenden Personalressourcen eher an Aktualität gewonnen haben, in Kurzform vorgestellt werden, da sie auf die von den Gesundheitsbehörden hoheitlich wahrzunehmenden und darüber hinaus zu koordinierenden Aufgaben orientieren.

## Gesundheit und Umwelt – zur Standortbestimmung des ÖGD

Die „Europäische Charta Umwelt und Gesundheit“, die auf der 1. Europakonferenz 1989 in Frankfurt/Main verabschiedet wurde, und das Rahmenkonzept „Gesundheit 21 – Gesundheit für alle“ für die europäische Region der WHO von 1999 [3] waren mit der Diskussion und Vorbereitung des Aktionsprogramms „Umwelt und Gesundheit“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Bundesministeriums für Gesundheit vom Juni 1999 wesentlicher Anlass für eine Standortbestimmung des ÖGD zum Thema Gesundheit und Umwelt, die in Thesenform zusammengestellt wurde. Ärzte und Mitarbeiter des ÖGD waren im Vorlauf daran beteiligt. Gedanken und Hinweise sind über die Landesvertreter des Fachausschusses Umweltmedizin eingebracht worden. Parallel dazu haben Ausschuss und Ständige

Konferenz „Gesundheit und Umwelt“ der Bundesärztekammer und die Ausschüsse „Umweltmedizin“ der Landesärztekammern auch mit Vertretern aus Nicht-Regierungsorganisationen und Verbänden Beiträge zur Formulierung prioritärer gesundheitlich relevanter Umweltziele diskutiert und versucht, ökonomische und ökologische Forderungen für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland miteinander zu verbinden. Insofern ist das Thesenpapier des ÖGD als ein sehr praktischer Beitrag zu einem nationalen Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit anzusehen, weil die Ausgangssituation der Umweltmedizin konkret beschrieben und die Gestaltung, Wahrnehmung und Koordinierung der Aufgaben so wie Leitlinien in anderen medizinischen Fachdisziplinen formuliert wurden.

## Das Thesenpapier 2000 des ÖGD zur Umweltmedizin

Die 15 Thesen sollen im Folgenden in einer gekürzten Form vorgestellt werden:

1. Der umweltbezogene Gesundheitsschutz ist in Deutschland in den Gesundheitsämtern und Landesinstituten/-ämtern mit klassischen Aufgaben der Umwelthygiene und mit gewachsenen Leistungen der Umweltmedizin etabliert.
2. Rechtliche und fachliche Grundlage für das Tätigwerden des ÖGD sind Bundesgesetze, Gesundheitsdienstgesetze der Länder und Entschlüsse der Gesundheitsministerkonferenzen.
3. Der ÖGD verfügt über jahrzehntelange Erfahrungen bei der individualme-

Bundesgesundheitsbl - Gesundheitsforsch - Gesundheitsschutz 2005 · 48:1116–1119  
DOI 10.1007/s00103-005-1135-1  
© Springer Medizin Verlag 2005

B. Thriene · H. Oppermann

### Aufgaben des ÖGD im Rahmen der Umweltmedizin

#### Zusammenfassung

Der Fachausschuss Umweltmedizin des Bundesverbandes der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes hat im Auftrag des Verbandes im Jahr 1999 ein Konsenspapier „Umweltmedizin im öffentlichen Gesundheitsdienst – ein gesellschaftlicher Auftrag und seine Konsequenzen: Thesen zur Situation, zu den Zielen, den Strategien und Handlungsmöglichkeiten“ erarbeitet. Die Thesen sollen den Gesundheitsämtern eine Orientierung für die praktische Umsetzung des Aktionsprogramms „Umwelt und Gesundheit“ des Bundesumwelt- und des Bundesgesundheitsministeriums geben. Ein gemeinsames Handeln der Gesundheits- und Umweltbehörden auf kommunaler-, Landes- und Bundesebene wird

als zwingend erforderlich angesehen. Das komplexe Fachwissen des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) mit seinen Kenntnissen über örtliche und regionale Belastungssituationen durch Umweltfaktoren sollte weiter genutzt werden, um Ursachen-Wirkungs-Beziehungen aufzuklären und erforderliche Maßnahmen zur Risikominimierung zu begründen. Der umweltbezogene Gesundheitsschutz ist ein Hauptaufgabenfeld der Gesundheitsämter mit seiner bevölkerungsmedizinischen Orientierung zur Gesundheitsvorsorge und Krankheitsprävention. Niedergelassene Ärzte mit umweltmedizinischem Profil und umweltmedizinische Beratungsstellen des ÖGD kooperieren in der Patientenbetreuung und Bür-

gerberatung, um die Ursachen von Gesundheits- und Befindlichkeitsstörungen mit möglichem Umweltbezug zu ermitteln. Sie geben Empfehlungen zur persönlichen Lebensgestaltung und nutzen Daten und Informationen für gesundheitspolitische Orientierungen. Gesundheits- und Umweltbeobachtung sind eine wesentliche Grundlage, um durch eine Einschätzung der vorliegenden Situation auf aktuelle Entwicklungen angemessen reagieren und die Öffentlichkeit für Vorsorgemaßnahmen sensibilisieren zu können.

#### Schlüsselwörter

Umwelt · Gesundheit · Umweltmedizin · Öffentlicher Gesundheitsdienst · Leitlinien

### Responsibilities of the German public health service with regard to environmental medicine

#### Abstract

In 1999, the Special Committee for Environmental Medicine affiliated to the Federal Association of Doctors in the German public health service, prepared a consensus paper on the latter's request entitled "Environmental medicine in the public health service – a social role and its consequences: propositions with regard to the situation, aims, strategies, and opportunities for action". The propositions provide guidelines to public health departments for implementing the "Environment and Health" action programme launched by the Federal Ministry of Environmental Protection and the Federal Ministry of Health. Joint action by health and environmental authorities on the municipal, state and federal levels is considered

essential. Furthermore, the comprehensive knowledge and expertise available within the public health service, including its in-depth knowledge of local and regional environmental pollution, should be further utilized in order to clarify cause and effect relationships and to initiate necessary action for minimizing any imminent risks. Environment-related public health protection is one of the major responsibilities of the public health departments within their general responsibility to provide public health care and ensure disease prevention. Doctors in private practices specializing in environmental medicine and public health departments' counselling centres for environmental medicine work closely together in terms of pa-

tient care and citizens' counselling in order to identify potential causes of environment-related health problems in the population. They issue recommendations on how to live a healthy life. Furthermore, they utilize available data and information for health policy directions. In this regard, health and environmental findings provide an important basis for an appropriate response to current developments based on the correct assessment of a particular situation, and for raising public awareness of preventive measures.

#### Keywords

Environment · Health · Environmental medicine · Public health service · Guidelines

dizinischen Aufklärung der Zusammenhänge zwischen Lebens- und Arbeitsumwelt und Gesundheit sowie Psyche der Menschen und strebt mit einem bevölkerungsbezogenen, vorsorgeorientierten Ansatz eine Minimierung von Schadstoffbelastungen an.

4. Mit der Beteiligung an und Einbringung ärztlichen Sachverstands in Verfahren der Raumordnung und Bauleitplanung sowie mit der Gesundheitsverträglichkeitsprüfung im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung von Vorhaben nehmen die Gesundheitsämter als Träger öffentlicher Belange Aufgaben der Gesundheitsprävention wahr (s. auch [4, 5]).

5. Mit der Beobachtung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung sowie mit der Erfassung von Belastungsparametern, von Krankheiten mit Umweltbezug und der Effizienz von Schutzmaßnahmen sorgt der ÖGD für die wissenschaftliche Absicherung und fachliche Qualifizierung seiner Aussagen zu Risiken, Gefahren und zu fördernden Faktoren in der Wechselwirkung Umwelt und Gesundheit und entwickelt Strategien zur Verbesserung des Gesundheitszustandes belasteter Kollektive.

6. Der ÖGD ergänzt mit eigenen umweltmedizinischen Beratungsstellen den Versorgungsauftrag der niedergelassenen Ärzteschaft, nutzt Erkenntnisse der Umweltmediziner zur Erhöhung der Aussagekraft seiner Feststellungen und übernimmt Koordinierungsaufgaben in der Umweltmedizin.

7. Der ÖGD beteiligt sich an der Versachlichung der Diskussion über Gefahrenpotenziale, bemüht sich um den Abbau von Umweltängsten und motiviert die Bürger zur Beteiligung an der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland, die ökonomische, ökologische und soziale Ziele umfasst.

8. Der ÖGD nutzt seine Kenntnisse und Kontakte auf örtlicher Ebene für ein abgestimmtes Vorgehen zur Ursachenaufklärung von Problemen durch Ortsbesichtigung, Probenahme, Analyse und gesundheitliche Bewertung und arbeitet mit anderen Behörden bei Abhilfemaßnahmen zusammen.

9. Im Rahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes und der Gefahrenabwehr sichert der ÖGD seine Verfügbarkeit, trainiert seine Kräfte und wirkt bei der Ver-

meidung und der Bewältigung von Extremsituationen mit.

10. Mit seinen medizinisch-diagnostischen Laboratorien übernimmt der ÖGD (Referenz-)Funktionen in der Qualitätsüberwachung von Mess- und Analyseergebnissen durch Ringversuche in den in den Ländern zugelassenen Laboratorien.

11. Zur zukünftigen Gewährleistung der Kompetenz und Handlungsfähigkeit ist eine verbesserte personelle Ausstattung des ÖGD mit Ärzten für öffentliches Gesundheitswesen, für Hygiene und Umweltmedizin sowie mit Gesundheitsingenieuren, Naturwissenschaftlern und Gesundheitsaufsehern erforderlich.

12. Die technische Grundausstattung der Gesundheitsämter muss orientierende umwelthygienische Messungen zur Schadstoffermittlung am Entstehungsort ermöglichen und den Zugang zu Gesundheits-/Umweltinformationssystemen sichern.

13. Untersuchungseinrichtungen des ÖGD müssen in jedem Bundesland vorhanden und in der Lage sein, die Durchführung von Überwachungsprogrammen (Gesundheits- und Umweltsurveys) für das Land und auf Bundesebene zu gewährleisten, über das Spektrum privater Anbieter hinausgehende gesundheits-/umweltrelevante Anforderungen abzudecken und als Landesfachbehörde Beratungs-, Weiter- und Fortbildungsaufgaben zu übernehmen.

14. Der ÖGD unterstützt als wesentlicher Teil der umweltmedizinischen Strukturen die niedergelassene Ärzteschaft und folgt damit der Auffassung des Bundesgesundheitsministeriums zur Kooperation in der umweltmedizinischen Versorgung mit einem eigenen individualmedizinischen Leistungsumfang.

15. Die Ärzte und Mitarbeiter des ÖGD beteiligen sich an der Arbeit des Ausschusses und der Ständigen Konferenz „Gesundheit und Umwelt“ der Bundesärztekammer sowie an den entsprechenden Ausschüssen der Landesärztekammern und integrieren sich als sachverständige Bürger in die kommunalen Aufgaben der Gesundheits- und Umweltpolitik. Sie unterstützen die Ziele des gemeinsamen Aktionsprogramms „Umwelt und Gesundheit“ des Bundesumweltministeriums und des Bundesgesundheitsministeriums zur Umsetzung der Beschlüsse der Europäischen Konferenzen „Umwelt und Gesundheit.“

## Der ÖGD und die klinische Umweltmedizin

In der klassischen Hygiene ist und war immer der bevölkerungsmedizinisch-präventive Ansatz prägend. Darauf beziehen sich auch die Weiterbildungsinhalte des Fachgebietes „Hygiene und Umweltmedizin“. Die Zusatzbezeichnung „Umweltmedizin“ steht hingegen den klinischen Fachdisziplinen offen. In der Vernetzung beider Weiter- und Fortbildungsinhalte und in dem Bürger-, Patienten- und Sachbezug ihrer gesundheitspolitischen und Versorgungsaufgaben sehen wir den interdisziplinären Charakter des Faches Umweltmedizin am besten realisiert. Über die Einzelfallbetrachtung zu umweltepidemiologischen Untersuchungen bis zur Aufdeckung von Zusammenhängen zwischen Umweltfaktoren und Gesundheits- und Befindlichkeitsstörungen sind niedergelassene Ärzte und der ÖGD im gemeinsamen Ziel verbunden, unter Public-Health-Aspekten wichtige Beiträge zur Abschätzung umweltbedingter Gesundheitsrisiken zu leisten [6]. In der Dokumentation zum Aktionsprogramm wird unter Punkt 4.5.5: Strukturelle Anbindung der „Klinischen Umweltmedizin“ festgestellt, dass die niedergelassenen Ärzte nur in Ausnahmefällen über Kenntnisse der lokalen Umweltexposition verfügen, um daraus umweltmedizinische Ursachen-Wirkungs-Hinweise für die von Patienten beklagten Symptome abzuleiten. Das komplexe Fachwissen des ÖGD sollte deshalb auch über seine weitere Einbindung in die individualmedizinische Beratungstätigkeit genutzt werden. Handlungsempfehlungen, Vorschläge für Abhilfemaßnahmen, Informationen für die Bevölkerung sind stets besser durch einen Arzt begründbar, der den Bezug zur Realität, den Bürger in seinem Umfeld, hat und letztlich Umweltmedizin praktiziert. Das heißt: Bundesstrukturen (Robert Koch-Institut) weiter etablieren, Länderstrukturen Umwelt und Gesundheit vernetzen und im erforderlichen Umfang personell (Epidemiologen, Ärzte für Hygiene und Umweltmedizin, Fachwissenschaftler) und materiell (Analytik) ausstatten sowie die kommunalen Gesundheitsämter auf die Problemerkennung vor Ort mit dafür qualifiziertem Personal und mobiler Messtechnik orientieren, Letztere nicht breit

gestreut, sondern auf Schwerpunktgesundheitsämter konzentrieren. Der Hinweis darauf, dass nicht mehr alle Bundesländer über Landesinstitute oder Hygieneinstitute an Universitäten mit einem auf die Umweltmedizin ausgerichteten Laborangebot verfügen, stützt diese Überlegung.

Eine durch den ÖGD praktizierte umweltmedizinische Bürgerberatung mit Aussagen zur Zumutbarkeit oder Nichtzumutbarkeit empfundener Belastungssituationen durch chemische, biologische oder physikalische Umweltfaktoren muss politisch gewollt und ärztlich damit begründet werden, Umweltpatienten diagnostisch und therapeutisch zu versorgen, sie psychisch zu betreuen und mit Empfehlungen zur Lebensgestaltung auch zu ihrer seelischen Gesundheit beizutragen.

## Ausblick

Mit der Konferenzerklärung von Budapest im Jahr 2004 ist ein Kinderaktionsplan verabschiedet worden. In ihm wurden die Ziele der Klima-, Verkehrs-, Wohnungs- und Forschungspolitik mit ihren Umweltbezügen abgesteckt. Ein künftiger Schwerpunkt ist die Untersuchung der Einflüsse der Umwelt auf die kindliche Gesundheit. Die übergreifenden Programmpunkte sind sauberes Wasser, geordnete Abwasserentsorgung, Wohnumfeldverbesserungen, bessere Innen- und Außenluftqualität bis hin zu Partikelfilter für Dieselfahrzeuge sowie die Verringerung der Belastung durch Lärm, Strahlung und Schwermetalle. Sie im kommunalen, Landes-, Bundes- und EU-Rahmen umzusetzen erfordert auf allen Ebenen eine neue, weit verbesserte Form der Zusammenarbeit zwischen dem Umwelt- und Gesundheitssektor. Die Aufmerksamkeit, die Sachsen-Anhalts Gesundheitsminister Gerry Kley mit der Vorstellung der Schulanfängerstudie 2003 [7] beim EU-Gesundheitskommissar Markus Kyprinaou gefunden hatte, ermutigte uns. Der Titel der Studie „Auswirkungen der Umwelt auf die Gesundheit von Kindern“ passt sich auch in ihrer Fortführung in den Aktionsplan „Umwelt und Gesundheit 2004–2010“ der EU-Kommission ein. Die in Sachsen-Anhalt durchgeführte Studie belegt den Einfluss der Schadstoffbelastung der Außenluft auf die Atemwegsgesundheit der Kinder, den Rückgang der

infektiösen Atemwegserkrankungen mit Reduzierung der Staub- und SO<sub>2</sub>-Emissionen, aber auch den Anstieg von Allergien und Asthma mit Bezug zu Kfz-Emissionen und Lebensstilveränderungen. Dass die an der Untersuchung von etwa 30.000 Kindern seit 1991 teilnehmenden Akteure Mitarbeiter des öffentlichen Gesundheitsdienstes des Landes und der Gesundheitsämter der kreisfreien Städte und Landkreise sowie zuletzt der Universität in Magdeburg sind, möge die Position der Autoren, dass der ÖGD auch in Zukunft für eine nachhaltige Gestaltung von Gesundheit und Umwelt unverzichtbar ist, allen Lesern des Beitrags verdeutlichen.

Die fachliche Kompetenz des ÖGD auf dem Gebiet der Umweltmedizin sollte erhalten, die Stellung des präventiv- und/oder individualmedizinisch tätigen Umweltmediziners in der Gesundheits- und Umweltpolitik auf allen Ebenen wieder stärker genutzt werden, um erforderliche Investitionen und vorgesehene Maßnahmen fachlich zu flankieren bzw. über ihren Sinn oder Unsinn oder ihre Abfolge in einer Zeit knapper Kassen nachzudenken.

Aus gesundheitlicher Sicht muss letztlich die Frage beantwortet werden, was künftig an anthropogenen Umweltbelastungen noch vertretbar ist und was von den Visionen der aktuellen deutschen Umweltpolitik bezahlbar sowie von den sozial schwachen Bevölkerungsgruppen auch zu leisten ist. Mit Bezug auf das Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“, die Gesundheitsziele der Länder und die daraus abzuleitenden Aufgaben der Gesundheitsämter sei auf Erik Händeler „Die Geschichte der Zukunft“ verwiesen. Er formuliert unter „Wie Gesundheits-Innovationen und gesundheitserhaltende Strukturen zum Wachstumsmotor werden: Es dauert immer eine Weile, um klar zu machen, dass es nicht um den real existierenden Krankheitsmarkt geht, in dem alle Akteure ein Interesse daran haben, dass es möglichst viele Kranke gibt, damit man noch mehr Medikamente verkaufen und noch mehr Behandlungen abrechnen kann, sondern um den Gesundheitsmarkt, auf dem ein wachsender Teil unserer Ressourcen auf viel effizientere Weise als bisher dazu verwendet wird, Gesundheit zu erhalten, um eben nicht krank zu werden“ [8].

## Korrespondierender Autor

**Doz. Dr. B. Thriene**

Fachbereich Hygiene, Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt, Wallonerberg 2–3, 39104 Magdeburg  
E-Mail: Bernd.Thriene@md.lav.ms.lsa-net.de

## Literatur

1. Bundesverband der Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, Fachausschuss Umweltmedizin (2000) Umweltmedizin im Öffentlichen Gesundheitsdienst – Ein gesellschaftlicher Auftrag und seine Konsequenzen: Thesen zur Situation, zu den Zielen, den Strategien und Handlungsmöglichkeiten. Gesundheitswesen 62:A23
2. Thriene B (2001) Umweltmedizin im öffentlichen Gesundheitsdienst – Ein gesellschaftlicher Auftrag und seine Konsequenzen. Gesundheitswesen 63:76–78
3. Weltgesundheitsorganisation (1999) Gesundheit 21: Das Rahmenkonzept „Gesundheit für alle“ für die Europäische Region der WHO. WHO Regionalbüro für Europa. Kopenhagen
4. Thriene B (2001) Die Gesundheitsämter als Träger öffentlicher Belange und Mitgestalter gesunder Umwelt- und Lebensbedingungen. Gesundheitswesen 63:710–716
5. Thriene B (2003) Die Gesundheitsverträglichkeitsprüfung von Bau- und Investitionsvorhaben. Gesundheitswesen 65:118–124
6. Dokumentation zum Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (1999). Bundesministerium für Gesundheit, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn
7. Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt (2005) Auswirkungen der Umwelt auf die Gesundheit von Kindern – Schulanfängerstudie Sachsen-Anhalt 2003. Eigenverlag, Magdeburg
8. Händeler E (2005) Die Geschichte der Zukunft, 5. Aufl. Joh. Brendow & Sohn, Moers, S 295